ES-03

Keine Verlängerung der Kernkraft ohne Beschluss der BDK

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Nicolas Mantseris (KV Mecklenburgische Seenplatte)
Tagesordnungspunkt:	ES Sichere Energieversorgung für den Winter
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Wir beantragen zu beschließen:

Die Entscheidung, ob die Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in der bestehenden Regierung einer Verlängerung der Laufzeit von den mindestens einem der verbliebenden Kernkraftwerke zustimmt, muss von einer Bundesdelegiertenkonferenz getroffen werden.

Begründung

Selbst die bestehende Energiekrise – ausgelöst durch den durch Russland geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine – ändert nichts daran, dass Kernkraft eine Hoch-Risikotechnologie bleibt. Sie ändert auch nichts daran, dass bis heute nicht geklärt ist, wie der Atommüll auf Dauer sicher entsorgt werden kann. Mit dem Atommüll verlagern wir das Problem auf viele künftige Generationen. Dies kann nicht unser Ziel sein.

Mit dem Atomausstieg wurde nach Jahrzehnten ein Kompromiss gefunden, der auch die Suche nach einem Endlager neu geregelt hat. Mit der Diskussion um die Verlängerung der Laufzeit wird dieser Kompromiss in Frage gestellt.

Wir verkennen als Partei nicht, dass wir angesichts der dramatischen Situation in der Energieversorgung alle Möglichkeiten prüfen sollten, die eine Verbesserung der Lage in Aussicht stellen. Daher wird mit diesem Antrag auch nicht grundsätzlich eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke abgelehnt.

Für uns wirkt die aktuelle Diskussion aber auch wie der Versuch, den Ausstieg aus dem Ausstieg in Gang zu bringen. Das lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wollen auch verhindern, dass durch die Nutzung der Kernkraft zusätzlicher Atommüll produziert wird.

Die derzeitige Diskussion um eine sichere Energieversorgung darf nicht dazu führen, das primäre Ziel der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien unter Steigerung der Sparten übergreifenden Energieeffizienz aus den Augen zu verlieren. Wir benötigen im Übergang Gas vor allem für Wärmeerzeugung und technische Prozesse. Dabei spielt elektrische Energie aus Kernkraft allenfalls eine marginale Rolle.

Man muss sich außerdem angesichts der jüngsten Entwicklungen fragen, ob Kernkraft in Zeiten sinkender Wasserspiegel nicht deutlich gefährlicher wird. Es werden (z.B. in Frankreich) derzeit bereits Atomkraftwerke gedrosselt, weil aufgrund anhaltenden Wassermangels - auch in Europa - nicht genug Wasser für die Kühlung der Kraftwerke in den Flüssen geführt wird.

Die Diskussion um die Verlängerung rüttelt an den Grundfesten unserer Partei. Die Überwindung der Kernkraft gehört zum Zentrum unserer Programmatik. Eine Entscheidung in einer für unsere Partei so einschneidenden Frage wird in der Mitgliederschaft nur eine breite Akzeptanz finden, wenn sie nach einer umfassenden Diskussion von dem höchsten Entscheidungsgremium unserer Partei, der BDK, getroffen wird.

weitere Antragsteller*innen

Thorsten Hallscheidt (KV Pforzheim und Enzkreis); Michael Hunze (KV Mecklenburgische Seenplatte); Steffen Simon (KV Mecklenburgische Seenplatte); Steffi Kühn (KV Mecklenburgische Seenplatte); Marius Stark (KV Rhein-Kreis-Neuss); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Michael Hermann (KV Mecklenburgische Seenplatte); Lutz Weidhase (KV Mecklenburgische Seenplatte); Stephanie Schneider (KV Mecklenburgische Seenplatte); Andreas Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Anja Buchmann (KV Mecklenburgische Seenplatte); Martin Krell (KV Mecklenburgische Seenplatte); Saskia Dittgen (KV Brandenburg/Havel); Lena Hansen (KV Mecklenburgische Seenplatte); Benjamin Grohs (KV Mecklenburgische Seenplatte); Frank Bernhard Meißner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Knut Jondral (KV Mecklenburgische Seenplatte); Ulrike Koch (KV Mecklenburgische Seenplatte); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.